



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Pressemitteilung 25.05.2012

=====

## Sonderausschuss "Wasserverträge" - Nußbaum bestätigt?

Vor kurzem hatte Finanzsenator Nußbaum Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Sonderausschusses „Wasserverträge“ geäußert. Die heutige achte Sitzung bestätigte ihn, aber anders als gemeint: die Vertreter der Regierungsfractionen SPD und CDU ließen ihren Unwillen oder ihre Unfähigkeit erkennen, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Vorsitzender Jupe (CDU) lieferte ein besonders prägnantes Beispiel für eine Selbstüberhöhung: „Wir sind der Souverän“ verkündete er den bass erstaunten Zuhörern seine Auslegung der Verfassung, die die Rolle des Souveräns dem Volk zuspricht. Jupe gebrauchte diese Aussage, um dem Publikum den Mund zu verbieten.

Die Sprecherrunde des Ausschusses hatte am 8. Mai beschlossen, die Rückkaufsverhandlungen mit RWE auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Vorsitzender Jupe kippte diesen Beschluss „souverän“, weil ihn die noch souveräneren Parlamentarischen Geschäftsführer von SPD und CDU zurückgepfiffen hatten. In diesem Sinne verbogen die CDU-Abgeordneten mit stillschweigender Billigung der SPD-Vertreter den Sinn des Volksgesetzes. Sie unterschlugen, dass § 1 des Offenlegungsgesetzes auch für Änderungen bestehender Verträge gilt, und der RWE-Rückkauf daher in die Kompetenz des Ausschusses fällt.

Nur die Opposition, insbesondere die Abgeordneten Kosche und Lederer, zitierten den zutreffenden § 1 des Gesetzestextes, dass auch zukünftige Verträge von diesem Gesetz betroffen sind. Die Diskussion machte deutlich, dass der Senat dem Sinn des Gesetzes widersprechende Geheimverhandlungen führt. Dabei leisten ihm die Ausschussmitglieder von SPD und CDU blinde Gefolgschaft – wie 1999.

Nach nur fünf Minuten war die Besprechung des einzigen inhaltlichen Tagesordnungspunktes – Wirtschaftliche Auswirkungen der Teilprivatisierung – beendet. Die Regierungsfractionen stellten nur zwei Fragen; die Opposition verweigerte sich aus Protest gegen die eingangs erwähnte selbstherrliche Änderung der Tagesordnung. Eine Nachfrage nach der Angemessenheit des vom Senat erhobenen willkürlichen Zwei-Prozent-Aufschlags auf die Rendite (und damit des Wasserpreises) wollte und will der Senat nicht beantworten. Es wurde klar, dass SPD und CDU im Ausschuss so gut wie keine inhaltliche Arbeit leisten.

Den nochmaligen Versuch der Opposition, das Vertragswerk zur Teilprivatisierung gutachterlich prüfen zu lassen, wie das Gesetz es verlangt, lehnten die Regierungsabgeordneten brüsk ab.

Kontakt:

Ulrike Kölver, Tel. 0178 631 30 89

Gerhard Seyfarth, Tel. 0170 200 49 74

[berliner-wassertisch.net](http://berliner-wassertisch.net)